

## Niederschrift

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 11.04.2019  
**Sitzungsbeginn:** 17:06 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:08 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

---

#### Anwesende Mitglieder

##### Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

##### reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD  
Herr Thorsten Büchner - SPD  
Herr Dominic Dehmel - SPD  
Herr Schaker Hussein - SPD  
Frau Alexandra Klusmann - SPD  
Herr Dr. Fabio Longo - SPD  
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD  
Herr Uwe Meyer - SPD  
Herr Steffen Rink - SPD  
Frau Sonja Sell - SPD  
Herr Ulrich Severin - SPD  
Herr Matthias Simon - SPD  
Frau Anna Zels - SPD  
Herr Dirk Bamberger - CDU  
Herr Oliver Hahn - CDU  
Herr Hermann Heck - CDU  
Herr Manfred Jannasch - CDU  
Herr Walter Jugel - CDU  
Herr Winfried Kissel - CDU  
Herr Lars Küllmer - CDU  
Herr Stephan Muth - CDU  
Herr Roger Pfalz - CDU  
Frau Runhild Piper - CDU  
Herr Mathias Range - CDU  
Herr Hans-Martin Reissner - CDU

Frau Karin Schaffner - CDU  
Herr Jens Seipp - CDU  
Herr Jan von Ploetz - CDU  
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen  
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen  
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen  
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen  
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen  
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen  
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen  
Frau Renate Bastian - Marburger Linke  
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke  
Herr Roland Böhm - Marburger Linke  
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke  
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke  
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke  
Frau Inge Sturm - Marburger Linke  
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL  
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL  
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL  
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL  
Herr Roland Frese - BfM  
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM  
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

### **Magistratsmitglieder**

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD  
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU  
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD  
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke  
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD  
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen  
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU  
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU  
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM  
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD

### **Entschuldigte Mitglieder**

#### **reguläre Mitglieder**

Frau Myriam Hövel - SPD	- entschuldigt -
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD	- entschuldigt -
Herr Heinrich Löwer - SPD	- entschuldigt -
Herr Gerald Weidemann - SPD	- entschuldigt -
Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU	- entschuldigt -
Herr Dietmar Götting - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -

### **Magistratsmitglieder**

Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU	- entschuldigt -
--------------------------------------	------------------

Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD  
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL

- entschuldigt -  
- entschuldigt -

## **Protokoll**

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst Kommunale Gremien

## Protokoll:

---

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Mitglieder des Ausländerbeirates, die heute über ihre Arbeit berichten. Sie gratuliert anschließend dem Stadtverordneten Seipp zum Geburtstag.

Die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung liegt ein dringlicher Antrag der Fraktionen von Marburger Linke und B90/Die Grünen betr. Havanna 8 vor, der jedoch das zur Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum nicht erreicht (Protokollierung siehe unter TOP 16.1).

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk trägt anschließend die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor und verweist auf die in den Ausschüssen bzw. im Ältestenrat zurückgestellten Anträge sowie die angemeldeten Aussprachen. Änderungen werden nicht gewünscht.

---

### zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2019

---

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2019 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht, die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

### zu 3 Fragestunde

---

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 7 und 9 bis 16 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

#### **Kleine Anfrage Nr. 01 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Elisabeth Kula
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

#### **Frage:**

"Gab es in Marburg bisher Einschüchterungen, Gebetstreffen, Demonstrationen oder andere Angriffe auf Patientinnen oder Angestellte vor gynäkologischen Praxen? Wenn ja, wann und wie will der Magistrat dagegen vorgehen?"

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Weder der Polizei noch dem Magistrat sind entsprechende Vorfälle bzw. Veranstaltungen in Marburg bekannt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 02**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Madelaine Stahl
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen

**Frage:**

Wurde für die Fällung der Apfelbaumreihe entlang der K 68 (Alte Weinstraße am Hasenkopf), die kürzlich vorgenommen wurde und bei der es sich um ein nach §13 HAGBNatSchG in Verbindung mit §30 BNatSchG gesetzlich geschütztes Biotop handelt, seitens der unteren Naturschutzbehörde eine Eingriffsgenehmigung inklusive naturschutzrechtlicher Ausnahme erteilt und wenn ja, welche Gründe, die über mehr als 40 Jahre hinweg nicht bestanden haben, sind nun neu entstanden, welche die Fällung der Bäume unvermeidbar und damit die Erteilung einer solchen Ausnahmegenehmigung rechtlich zulässig werden ließen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Hintergrund der Baumfällungen waren die Vorgaben der anerkannten Regelwerke nach Stand der Wissenschaft und Technik für die Unterhaltung von Ferngasleitungen. Diese beinhalten einen gehölzfreien Schutzstreifen von mind. 4 m Breite, welcher im vorliegenden Fall nicht gegeben war. Die Leitung ist ca. 1 m überdeckt, sodass ein Wurzelkontakt der Bäume nicht auszuschließen ist. Deshalb war eine Fällung der Bäume aus Sicherheitsgründen nachvollziehbar.

Seit 21.05.2015 ist die Fa. Open Grid Europe GmbH als Betreiber verantwortlich für die Sicherheit des Leitungsnetzes. Zuvor war es die Ruhrgas AG aus Essen. Im Grundbuch der Stadt Marburg ist zugunsten des Netzbetreibers eine Grunddienstbarkeit (Leitungsrecht für Ferngasleitung) zum Zwecke der Beschränkung des Eigentums eingetragen. Die erstmalige Kontrolle des Sicherheitsstreifens der Fa. Open Grid Europe GmbH fand durch deren Betriebsstelle in Reiskirchen in 2016 statt. Sie beinhaltete im Ergebnis u.a. die Sicherheitsgefährdung der Leitung durch die Bäume innerhalb des freizuhaltenden Schutzstreifens.

Es wurde im Vorfeld genauestens überprüft, welche Bäume tatsächlich im Schutzstreifen stehen, um den Verlust so gering wie möglich zu halten.

Aus naturschutzrechtlicher Sicht kann das Freischneiden nicht abgelehnt oder verhindert werden, da es sich um ein öffentliches Interesse handelt. Das Einverständnis zum Trassenfreihieb der Gasleitung gegen Entschädigung wurde von Seiten der Stadt Marburg erteilt.

Der Netzbetreiber hat am 02.02.2017 die Maßnahme bekannt gegeben und die Stadt Marburg monetär für den Verlust nach der höchstrichterlichen anerkannten „Gehölzwertermittlungsmethode Koch“ entschädigt. Diese Zahlung ist ausreichend hoch für die Pflanzung von Ersatzbäumen. Im Herbst dieses Jahres sollen im Rahmen der Entschädigungssumme im Stadtgebiet neue Bäume gepflanzt werden. Derzeit werden geeignete Standorte für die Baumpflanzungen ausgewählt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 03**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Andrea Suntheim-Pichler
<b>Fraktion / Partei:</b>	BfM

**Frage:**

Welche Regelungen bestehen hinsichtlich der Ampelschaltungen an Kreuzungen in den Zeiten, wenn das Verkehrsaufkommen nicht hoch ist, z.B. samstags ab 17.00 Uhr und sonntags?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet sind im Wesentlichen mit vier unterschiedlichen, teilverkehrsabhängigen Signalzeitenplänen (SZP) versorgt, um den tageszeitlichen Unterschieden in der Verkehrsbelastung Rechnung zu tragen. Die Signalzeitenpläne ...

- SZP 1 – Morgenspitze
- SZP 2 – Tagesverkehr
- SZP 3 – Nachmittagsspitze

... haben in der Regel einen Umlauf von 90 Sekunden, um unter Berücksichtigung der Platzverhältnisse in der Innenstadt die größtmögliche Leistungsfähigkeit, bei vertretbarer Wartezeit für alle Verkehrsarten zu erreichen. Der Signalzeitenplan ...

- SZP 4 – Schwachlast

... hat eine Umlaufzeit von maximal 66 Sekunden, die dem geringeren Verkehrsaufkommen, in den frühen Morgenstunden, den späten Abendstunden, nachts, sowie an Sonn- und Feiertagen gerecht werden und die Wartezeit für alle Verkehrsarten reduzieren soll. Größere Kreuzungsanlagen, wie z. B. Cappeler Straße/Beltershäuser Straße oder Cölber Straße/Industriestraße (Tom-Mutters-Straße) weichen aufgrund der hohen Verkehrsbelastung und der Kreuzungsgröße unter Volllast von den vg. Umlaufzeiten ab. Wann welche SZP geschaltet werden, ist je nach örtlicher Lage mitunter verschieden.

Wochentags ab 21:00 Uhr, samstags ab 17:00 Uhr, sowie an Sonn- und Feiertagen läuft jedoch an allen Kreuzungs-LSA der SZP 4.

Nachts werden LSA, an denen es vertretbar ist, abgeschaltet. Zentrale LSA, die bekanntermaßen auch in den Nachtstunden regelmäßig von seh- und gehbehinderten Menschen genutzt werden, bleiben in Betrieb.

Nachfragen zu dem sehr komplexen Thema beantworten die zuständigen Mitarbeiter der Straßenverkehrsbehörde gerne auch im direkten Kontakt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 04  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Andrea Suntheim-Pichler
<b>Fraktion / Partei:</b>	BfM

**Frage:**

Welche Maßnahmen hat der Magistrat seit 2012 ergriffen, um der herrschende Lichtverschmutzung – auch „Verlust der Nacht“ genannt – entgegenzutreten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

In den Jahren 2014 und 2015 wurden in insgesamt drei Projekten zusammen ca. 4.400 Leuchten auf LED-Technik umgestellt. Das entspricht ungefähr der Hälfte der Straßenleuchten in Marburg. Im Gegensatz zur früher üblichen Beleuchtung wird durch LED-Leuchten das Licht gezielt auf Straßen- und Gehwege gelenkt und die Umgebung sowie der Nachthimmel deutlich weniger ausgeleuchtet. Die sog. ULOR-Werte (Upper Light Output Ratio) liegen bei den verwendeten LED-Leuchten bei 0 %, d. h. es wird kein Licht direkt in den Nachthimmel abgestrahlt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 05  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, inwieweit entsprechend bereitgestellte Haushaltsmittel zur Umstellung von konventioneller Fußballplatzbeleuchtung auf LED umgesetzt wurde und noch umgesetzt wird?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 42 - Sport
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

**Stellungnahme/Antwort:**

Der Fachdienst Sport hat mit den Haushaltsmitteln in 2018 zunächst die Anlage in Schrock auf LED-Beleuchtung umgerüstet. Für 2019 sind die Anlagen am Zwetschenweg (als Vereinsmaßnahme per Zuschuss) sowie die Kunstrasenplätze I und II im Georg-Gassmann-Stadion in Prüfung. Die Kosten werden momentan ermittelt.

Für die nächsten Jahre bieten sich die Anlagen am Kunstrasenplatz III (Hockeyplatz) sowie die Kunstrasenplätze in Bauerbach, Michelbach und Cappel an.

Intensive Gespräche mit den Beratern des Landessportbundes haben klar ergeben, dass eine Umrüstung von Rasenplätzen (wie z. B. vom Ortsbeirat Moischt gefordert) derzeit nicht sinnvoll ist, da die Betriebsstunden zu gering sind, um einen wirtschaftlichen Erfolg zu verbuchen. Das kann sich aber durchaus in Zukunft ändern, wenn die Technik besser oder günstiger wird.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 06  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Dominic Dehmel
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, wie viel Kilometer Feldwege in den entsprechenden Gemarkungen mit dem Feldwegbudget 2018 asphaltiert wurden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

**Stellungnahme/Antwort:**

Im Jahr 2018 wurden in folgenden Stadtteilen **Asphaltarbeiten** an Feldwegen ausgeführt:

Bauerbach	80 m
Bortshausen	80 m
Dilschhausen	90 m
Hermershausen	110 m
Schröck	210 m
<b>Summe</b>	<b>570 m</b>

Darüber hinaus wurden natürlich auch Arbeiten an nicht asphaltierten Feldwegen ausgeführt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 07  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Seit Monaten ist die Anzeige für das Fahrgastinfosystem vor dem Erwin-Piscator-Haus / der Touristen-Info außer Betrieb. Das ist an einem so zentralen Platz für Einheimische wie Touristen absolut peinlich. Was ist der Grund für den Ausfall und wann wird die Anzeige wieder funktionieren?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Aufgrund eines Defekts in der Stromversorgung für den Anzeiger und für die Video-Wand ist es im Anzeiger zu einem Kurzschluss gekommen, der den Zentralrechner der Einheit beschädigt hat. Die Reparatur wird voraussichtlich Mitte April durch den Lieferanten erfolgen. Vorher muss jedoch die Netzversorgung durch die Stadt Marburg für die Wartehalle, den dynamischen Anzeiger und die Videoleinwand wieder hergestellt werden. Die Reparatur des Anzeigers wird Mitte April durchgeführt, der Anzeiger wird eingeschaltet, die Stromversorgung erfolgt durch ein Notkabel vom EPH aus. Die Reparatur der bauseitig vorgesehenen Stromversorgung kann sich über Wochen hinziehen, da nicht geklärt ist, wer den Schaden verursacht hat: die Tiefbaufirma, die die Leerrohre gelegt hat, oder die Firma, die die Kabel eingezogen hat. Dies muss jedoch die Stadt, bzw. das Piscatorhaus klären.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 09  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

An welchen Stellen innerhalb des Stadtgebietes befinden sich - Stichtag 1. April - welche Geschwindigkeitsmess- bzw. anzeigegeräte (Variotafeln etc. - aufgefächert nach Funktion, stationäre oder mobile Anlagen)?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies



### **Stellungnahme/Antwort:**

Am 01. April 2019 befanden sich innerhalb des Stadtgebietes an folgenden Standorten Geschwindigkeitsmess- bzw. anzeigeräte:

### **Stationäre Dialog-Displays:**

- Emil-von Behring-Straße im Stadtteil Marbach,
- Wehrshäuser Straße im Stadtteil Wehrshausen,
- Nesselbrunner Straße im Stadtteil Hermershausen,
- Haddamshäuser Straße im Stadtteil Haddamshausen.

### **Mobile Geschwindigkeitsanzeigetafeln:**

- VIA 1: Sudetenstraße Höhe Astrid-Lindgren-Schule
- VIA 2: Bauerbacher Straße Höhe Hausnummer 7
- VIA 3: Goßfeldener Allee Höhe KITA
- VIA 4: Freiherr-v.-Stein Str. Ecke Magdeburger Str.

### **Geschwindigkeitsmessenanlagen:**

Stationäre Messanlage 1: B3a Fahrtrichtung Kassel vor Abfahrt Marburg Süd  
Stationäre Messanlage 2: B3a Fahrtrichtung Kassel Höhe Schwesternwohnheim  
Stationäre Messanlage 3: B3a Fahrtrichtung Gießen vor Abfahrt Bahnhofstraße  
Stationäre Messanlage 4: B3a Fahrtrichtung Gießen vor Abfahrt Marburg Mitte  
Stationäre Messanlage 5: L3088 Kreuzung K34/K35 Fahrtrichtung Kirchhain  
Stationäre Messanlage 6: L3088 Kreuzung K34/K35 Fahrtrichtung Marburg

### **Mobile Messanlage:** Oberer Zwetschenweg

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 10 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Henning Köster-Sollwedel
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### **Frage:**

Warum wurde vor längerer Zeit die Variotafel im Bereich Verkehrsberuhigte Zone Zwischenhausen wieder entfernt und wann wird sie wie bereits im Haushalt 2018 festgelegt und auch mündlich zugesagt endlich dauerhaft dort installiert?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die mobilen Variotafeln werden im gesamten Stadtgebiet für die Dauer von 1 – 2 Wochen angebracht, da nach diesem Zeitraum die Akkus wieder aufgeladen werden müssen. So auch in Zwischenhausen. Anschließend erfolgt die Anbringung der Tafeln an den nächsten Standorten. Die Standortauswahl erfolgt in der Regel auf Anfragen von Bewohnern.

Die Installation der stationären Dialog-Displays hat sich verzögert, da sich bei der Inbetriebnahme technische Schwierigkeiten ergeben haben. Derzeitig ist in Zwischenhausen zwar ein Dialog-Display mit Solarpanel installiert, jedoch kann dieses aktuell nicht eingeschaltet werden, da die Umschaltung der Geschwindigkeitsanzeige von rot (zu schnell) auf grün (korrekte Geschwindigkeit) nicht funktioniert.

Der Hersteller ist bereits über den Mangel informiert. Sobald der Fehler behoben wurde, wird die Anlage in Betrieb genommen.

**Kleine Anfrage Nr. 11**  
**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Über welchen Wohnungsbestand verfügt die GWH in Marburg? Bitte nach Anzahl der Wohnungen, Wohnungsgrößen, Häusern und Straßen aufschlüsseln.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 50 - Soziale Leistungen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Nach Auskunft der GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen umfasst der aktuelle Wohnungsbestand am Standort Marburg insgesamt 1.488 Wohneinheiten. Bei diesen handelt sich um 1 bis 4 Zimmerwohnungen mit Küche und Bad. Die Wohnungsgrößen variieren von 22 bis 107 m<sup>2</sup>.

- Lage der Wohneinheiten (Straße, Stadtteil):
- Am Glaskopf, Hansenhaus
- Am Rain, Waldtal
- Am Richtsberg, Oberer Richtsberg
- Am Vogelherd, Cappel
- An der Schanze, Hansenhaus
- An der Zahlbach, Ortenberg
- Augustinergasse, Altstadt
- Cappel Gleiche, Cappel
- Damaschkeweg, Unterer Richtsberg
- Feldbergstraße, Cappel
- Friedrich-Ebert-Straße, Unterer Richtsberg
- Friedrichstraße, Südviertel
- Hirschberg, Altstadt
- Karlsbader Weg, Oberer Richtsberg
- Leipziger Straße, Oberer Richtsberg
- Moischer Straße, Cappel
- Ockershäuser Allee, Ockershausen
- Rentmeisterstraße, Cappel
- Rimbergstraße, Cappel
- Rollwiesenweg, Hansenhaus
- Rostocker Weg, Oberer Richtsberg
- Sudetenstraße, Oberer Richtsberg

Eine detaillierte Auflistung des Wohnungsbestandes mit Angaben zu den Straßen mit den einzelnen Hausnummern und der dazugehörigen Anzahl der Wohneinheiten kann von der GWH kurzfristig nicht herausgegeben werden. Für eine solche Liste, wie diese für die Große Anfrage im Jahr 2014 von der GWH vorgelegt wurde (VO/3101/2014), müsste zunächst eine Prüfung erfolgen, ob diese Angaben von der GWH nach der Novellierung der Datenschutzgrundverordnung aktuell herausgegeben werden dürfen.

Zum Stand 01.01.2019 waren 457 Wohneinheiten der GWH Sozialwohnungen. Im Vorjahr sind 32 Wohnungen in der Sudetenstraße neu gebaut worden.

**Kleine Anfrage Nr. 12  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

**Frage:**

Wie bewertet der Magistrat die Tatsache, dass die Unternehmen und Verbände der Marburger Pohl-Familie im Bundestagswahljahr 2017 679.500 Euro an Parteien gespendet haben, mehr als alle andere Unternehmen, Vereinigungen und Einzelpersonen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Es ist nicht Aufgabe des Magistrat das Spendenverhalten von Unternehmen, Vereinigungen oder Privatpersonen an politische Parteien zu bewerten.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 13  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jens Seipp
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

**Frage:**

Welche Art von Straßenbeleuchtung wird in der Kernstadt und den Stadtteilen überwiegend eingesetzt und welche Leuchtmittel sind dabei verbaut?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

In Marburg sind überwiegend technische Leuchten mit Spiegeltechnik verbaut, in einzelnen Bereichen der Innenstadt, wie Oberstadt und Südviertel, ist die Beleuchtung mit dekorativen Leuchten ausgestattet. Diese Leuchten enthalten als Leuchtmittel Natriumdampfhochdruck - Entladungslampen mit Leistungsstufen zwischen 50 W und 150 W.

In den Marburger Stadtteilen, sowie in Ockershausen und Am Ortenberg wurde in 2015 die Beleuchtung auf LED Technik umgestellt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 14  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Jens Seipp
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU

**Frage:**

Welche öffentlichen Gebäude in Marburg werden in der Nacht angestrahlt und welche Art von Leuchtmittel werden dabei eingesetzt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

In Marburg werden die Gebäude, alte Universität, Schloss und Elisabethkirche angestrahlt. Die Anstrahlung beginnt mit eintretender Dämmerung und wird um 1 Uhr in der Nacht abgeschaltet.

Bei den verbauten Leuchtmitteln handelt sich überwiegend um Metallhalogendampflampen in den Leistungsstufen von 20 bis 250 W, Ausnahme hierbei ist die Schlossanstrahlung, hier sind Metallhalogendampflampen und Natriumdampflampen mit einer Leistung von 400 W eingesetzt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 15  
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

**Frage:**

Welche Wahlbüros werden zur diesjährigen Europawahl nicht barrierefrei erreichbar sein und wie wird der Magistrat dieses Problem für die Wahlberechtigten lösen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 10 - Personal und Organisation
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Soweit möglich sollen Wahlräume in Gemeindegebäuden zur Verfügung gestellt und so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten – insbesondere Menschen mit Behinderungen und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung – die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird (§ 39 der Europawahlordnung). Weitgehend inhaltsgleiche Vorschriften existieren auch in anderen wahlrechtlichen Vorschriften wie Bundeswahlordnung, Landeswahlordnung, Kommunalwahlordnung.

Zur Europawahl 2019 sind in den 74 Wahlbezirken der Universitätsstadt Marburg 68 Wahllokale als barrierefrei eingestuft. Zum Vergleich: Im Jahr 2005 waren lediglich 47 Wahllokale barrierefrei.


Nicht barrierefrei erreichbar sind aktuell die Wahllokale folgender Wahlbezirke:

- 21102 (Altstadt II) – Altenbegegnungsstätte der Arbeiterwohlfahrt, Markt 23
- 21104 (Altstadt IV) – Haus der Ketzerbachgesellschaft, Ketzerbach 21 ½
- 22102 (Grassenberg II) – Pharmazeutisch-Chemisches-Institut, Marbacher Weg 6
- 23302 (Ortenberg II) – Brüder-Grimm-Schule (Musikraum), Alter Kirchhainer Weg 8
- 24202 (Hansenhaus II) – Pfarrei Liebfrauen, Großseelheimer Straße 10
- 24301 (Oberer Richtsberg I) – Evangelische Kindertagesstätte, Berliner Str. 2a

Grundsätzlich ist unser Bestreben, in allen 74 Wahlbezirken barrierefrei zugängliche Wahllokale einzurichten. Es ist jedoch nicht immer möglich, Räumlichkeiten innerhalb der klar abgegrenzten Wahlbezirke zu finden, die sowohl die Kriterien eines Wahllokales erfüllen und zudem barrierefrei sind.

Es kommt immer wieder vor, dass barrierefreie Räume, die regelmäßig als Wahllokale dienen, wegen anderweitiger Belegung, Sanierung oder Umbau an Wahltagen nicht zur Verfügung stehen und kurzfristig Alternativen gefunden werden müssen.

Bei der Einrichtung von Wahllokalen stehen wir auch in Kontakt und in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat der Universitätsstadt Marburg. So wurde z.B. für das neue Wahllokal Feuerwehr Cappel eine mobile Rampe angeschafft, um Barrierefreiheit herzustellen.

Durch das auf den Wahlbenachrichtigungen aufgedruckte Rollstuhlpiktogramm  wird den Wahlberechtigten mitgeteilt, ob das zuständige Wahllokal barrierefrei erreichbar ist. Ferner ist bereits jetzt auf der städtischen Homepage eine Liste sämtlicher Wahllokale der Universitätsstadt Marburg mit entsprechendem Hinweis auf bestehende Barrierefreiheit eingestellt. Wahlberechtigte, deren Wahllokal nicht barrierefrei zu erreichen ist, werden darin auf die Möglichkeit der Beantragung eines Wahlscheines hingewiesen, der zur Stimmabgabe in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises berechtigt. Zudem besteht die Möglichkeit der Briefwahl oder persönlicher Stimmabgabe im Wahlamt vor dem Wahltag.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 16 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019**

<b>Fragesteller/in:</b>	Ulrich Severin
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

#### **Frage:**

Wie viele Kinder und Jugendliche können an der Wahl zum KiJuPa aus welchen Gründen nicht teilnehmen und werden folglich auch von diesem nicht vertreten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Diese Frage kann nicht eindeutig beantwortet werden, da den zur Verfügung stehenden Statistiken unterschiedliche Systematiken zugrunde liegen. So lassen sich die notwendigen Faktoren (Altersklasse 6 bis unter 18 Jahre, Erstwohnsitz bzw. Lebensmittelpunkt bei Internatsschüler\*innen in Marburg), die zur Beantwortung notwendig sind, nur ansatzweise aufeinander beziehen und sind nicht eindeutig zu beziffern.

Aktuell leben 6.633 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und unter 18 Jahren mit Erstwohnsitz in Marburg (Stichtag: 31.12.2017) und erfüllen damit formal die Kriterien für die KiJuPa-Wahl.

Das Kinder- und Jugendparlament wird in der Regel an 25 der Marburger Schulen gewählt. An der Wahl zum 12. Kinder- und Jugendparlament vom 04.-15.03.2019 nahmen 24 Schulen teil, da sich an der Montessori-Schule Marburg keine Kandidierenden gefunden haben. 4.066 Kinder- und Jugendliche gaben bei der Wahl ihre Stimme ab.

Nicht gewählt wird an folgenden Schulen:

- den Abendschulen der Universitätsstadt (Abendgymnasium, Abendrealschule, Abendhauptschule) und dem Marburger Bibelseminar, da die Schüler\*innen in der Regel über 18 Jahre alt sind,
- der Anna-Freud-Schule, der Bettina-von-Armin-Schule, der Schule für Kranke am Klinikum und der Julie-Spannagel-Schule, da es sich entweder um temporäre Schulbesuche handelt oder sich in Gesprächen mit den Schulleitungen herausgestellt hat, dass die KiJuPa-Wahl an diesen Schulen nicht sinnvoll umgesetzt werden kann,
- den beruflichen Schulen, Adolf-Reichwein-Schule, Käthe-Kollwitz-Schule und den Kaufmännische Schulen der Universitätsstadt Marburg, da die Schüler\*innen auch hier häufig über 18 Jahre alt sind und größtenteils aus dem Landkreis kommen, so dass der Aufwand der Wahl im Verhältnis zur wahlberechtigten Schülerschaft sehr groß ist.

Unter 18 Jahren und im Stadtgebiet lebend sind an der Adolf-Reichwein-Schule 117 von 1.588 Schüler\*innen, an Käthe-Kollwitz-Schule 57 von 1.076 Schüler\*innen und an den Kaufmännischen Schulen 74 von 1.616 Schüler\*innen.

Aktuell besuchen 343 Schüler\*innen (Stichtag: 23.10.2018) eine Schule außerhalb der Universitätsstadt Marburg und nehmen daher an der Wahl nicht teil.

Diese Erhebung lässt keine Rückschlüsse auf das Alter der Schüler\*innen zu. Es ist anzunehmen, dass sich auch Schüler\*innen über 18 Jahre in dieser Statistik befinden.

Nicht berücksichtigt werden in dieser Aufstellung Schüler\*innen der Schulform „Berufliche Schule Teilzeit – duale Berufsausbildung“.

Es liegen generell keine aktuellen Daten vor, die aufzeigen, wie viele Jugendliche unter 18 Jahren eine Ausbildung in oder außerhalb Marburgs absolvieren und ihren ersten Wohnsitz in der Universitätsstadt haben. Es gibt nur Daten für den kompletten Kreis Marburg-Biedenkopf.

Ebenfalls keinen Zugang zur Wahl haben Jugendliche unter 18 Jahren, die arbeitslos sind, sowie Jugendliche unter 18 Jahren, die ungelernt erwerbstätig sind. Hier liegen keine aktuellen Zahlen vor.

Kirsten Dinnebier  
Stadträtin

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk erklärt die Fragestunde damit für beendet. Die Frage Nr. 8 wird wegen Abwesenheit des Fragestellers schriftlich beantwortet, die Antworten auf die Fragen Nr. 17 bis 22 werden an die anwesenden Fragesteller verteilt. Sie sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

#### **zu 4 Bericht des Ausländerbeirates**

---

Die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt den Mitgliedern des Ausländerbeirates das Wort. Diese berichten in Person der Vorsitzenden Goarik Gareyan-Petrosyan sowie der Beiratsmitglieder Xiaotian Tang und Fadi Einuz mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation über die Aktivitäten des Beirates im zurückliegenden Zeitraum und geben einen kurzen Ausblick in die Zukunft. Die Vorsitzende dankt im Namen der Beiratsmitglieder sowohl dem Magistrat als auch der Stadtverordnetenversammlung für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung im vergangenen Jahr, die, betrachtet man andere Kommunen in Hessen, als nicht selbstverständlich angesehen werden kann.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt ihrerseits den Mitgliedern des Beirates für ihre Arbeit und den Bericht.

Die PowerPoint-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

#### **zu 5 Besetzung des Ortsgerichts Marburg II (Cappel, Bortshausen, Ronhausen) - Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in Vorlage: VO/6731/2019**

---

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Ausschuss lag der in der Vorlage aufgeführte Wahlvorschlag vor. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ruft anschließend zu Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen auf.

**Die Stadtverordnetenversammlung wählt Frau Heike Naumann als Ortgerichtsmitglied bzw. Ortsgerichtsschöffin für das Ortsgericht Marburg II (Cappel, Bortshausen, Ronhausen).**

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

**zu 18.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Planung eines „Verkehrsknoten Nord“  
Vorlage: VO/6690/2019**

---

Der Antrag wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 18.9, 18.10 und 18.11 zur Aussprache aufgerufen.

Den Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr verliest die Stadtverordnetenvorsteherin. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Weiterhin berichtet für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Auch dieser empfiehlt dem Antrag mehrheitlich die Ablehnung.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ruft anschließend die Aussprache zu den genannten Anträgen auf. Es sprechen die Stadtverordneten Köster-Sollwedel, Schmidt, Büchner, Frese, Ditschler, Bamberger, Bauder-Wöhr, Sell und Seitz sowie Bürgermeister Stötzel und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

### **Abstimmungsergebnis**

Ja: B90/Die Grünen

Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei

Enthaltung: Marburger Linke

---

**zu 18.9 Antrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Afföllerwiesen  
Vorlage: VO/6734/2019**

---

Der Antrag wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 18.4, 18.10 und 18.11 zur Aussprache aufgerufen. Zur Protokollierung der Aussprache siehe unter Tagesordnungspunkt 18.4.

Den Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr verliest Stadtverordnetenvorsteherin Wölk. Im Ausschuss wurde getrennte Abstimmung der Sätze 1 und 2 des Beschlusstextes beantragt. Satz 1 des Beschlusstextes empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme, Satz 2 mehrheitlich die Annahme. Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. In Satz 1 des Beschlussvorschlages wurde dort vor den Worten „aktueller Stand“ das Wort „jeweils“ eingefügt. Dem so ergänzten Satz 1 empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung, Satz 2 mehrheitlich die Zustimmung.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ruft analog dem Vorgehen in den Ausschüssen die Sätze 1 und 2 getrennt zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat wird gebeten, über den jeweils aktuellen Stand und mögliche Pläne zu dem Parkplatzgelände an den Afföllerwiesen zu berichten.**

**Der Magistrat ist angehalten, bei allen Entwicklungen des Geländes an den Afföllerwiesen im Bereich des g-werks mit dem Theater neben dem Turm (TNT) und dem Cafe Trauma dafür zu sorgen,**

- **dass die bestehenden Kultureinrichtungen in ihrer bisherigen Tätigkeit durch eventuelle Veränderungen, die sich durch eine Veräußerung des angrenzenden Grundstücks ergeben könnten, nicht eingeschränkt und dass bestehende Rad- und Fußwegeverbindungen nicht beeinträchtigt werden.**
- **dass Parkplätze mindestens in ihrer bisherigen Anzahl erhalten und auch wie bisher öffentlich nutzbar bleiben. Eine Bewirtschaftung durch die Stadtwerke Marburg ist anzustreben.**

**Diese Maßgaben sind rechtlich verbindlich von der Stadt festzulegen.**

#### **Abstimmungsergebnis zu Satz 1**

einstimmig

#### **Abstimmungsergebnis zu Satz 2**

Ja: SPD, CDU, BfM

Nein: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei

Enthaltung: keine

---

#### **zu 18.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Stopp der Verhandlungen zum Verkauf des Afföllerwiesen-Parkplatzes Vorlage: VO/6736/2019**

---

Der Antrag wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 18.4, 18.9 und 18.11 zur Aussprache aufgerufen. Zur Protokollierung der Aussprache sieht TOP 18.4.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei

Nein: SPD, CDU, FDP, BfM

Enthaltung: MBL

---

#### **zu 18.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gaswerkgelände Vorlage: VO/6737/2019**

---

Der Antrag wird gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 18.4, 18.9 und 18.10 zur Aussprache aufgerufen. Den Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr verliest die Stadtverordnetenvorsteherin. Im Ausschuss wurde getrennte Abstimmung der Absätze 1 + 3 sowie 2 beantragt. Sowohl den Absätzen 1 + 3 als auch dem Absatz 2 empfiehlt der Ausschuss



mit unterschiedlichen Mehrheiten die Ablehnung. Diese Empfehlungen spricht auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften aus, von dessen Vorberatung der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Meyer, berichtet.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt anschließend analog dem Vorgehen in den Ausschüssen getrennt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Abstimmungsergebnis zu Satz 1 + 3**

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

**Abstimmungsergebnis zu Satz 2**

Ja: Marburger Linke, Piratenpartei  
Nein: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

---

**zu 6 Marburger Ortsrecht: II. Nachtrag zur Friedhofssatzung und I. Nachtrag zur Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg  
Vorlage: VO/6542/2018**

---

Nach Aufruf der Vorlage übernimmt der stellv. Stadtverordneter Büchner ab 20:03 Uhr die Sitzungsleitung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Im Ausschuss wurde durch die Fraktion Marburger Linke ein Änderungsantrag vorgelegt, den der Ausschuss jedoch mehrheitlich die Ablehnung empfiehlt. Der Vorlage empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Bastian, Pfalz, Bürgermeister Stötzel sowie die Stadtverordneten Seitz und Freitag. Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke, der allen Stadtverordneten vorliegt, abstimmen.

**Abstimmungsergebnis**

Ja: Marburger Linke  
Nein: SPD, CDU, B90/Die Grünen FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

**Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend folgende Beschlüsse:

- **Der vorliegende II. Nachtrag zur Friedhofssatzung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.**
- **Der vorliegende I. Nachtrag zur Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja: SPD, CDU, BfM

Nein: Marburger Linke  
Enthaltung: B90/Die Grünen, FDP/MBL

---

**zu 7 Green-City-Plan Marburg der Universitätsstadt Marburg zum BMVI-Sonderprogramm "Green-City-Plan (GCP)"  
Vorlage: VO/6611/2019**

---

Von der Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Aussprache (Setzpunkt) wurde angemeldet.

Mit Aufruf der Aussprache übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk ab 20:40 Uhr wieder die Sitzungsleitung. An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Köster-Sollwedel, Sunthem-Pichler, Klusmann, Dr. McGovern, Schaffner und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Im Anschluss fasst die Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlüsse:

- 1. Der Green-City-Plan (GCP-Masterplan) wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die in den im GCP-Masterplan aufgeführten kommunalen Handlungsfelder werden auf Realisierung geprüft und weiter priorisiert. Die umsetzbaren Maßnahmen sollen nach Möglichkeit in den kommenden Jahren umgesetzt werden.**
- 3. Der GCP-Masterplan dient als Grundlage für die Akquirierung weiterer Fördermittel für die Entwicklung einer umweltgerechten Mobilität und für die Reduktion von Verkehr bedingten Luft- und Klimabelastungen in Marburg.**

**Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

**zu 18.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schwerpunktsetzung Aufgaben Ordnungspolizei  
Vorlage: VO/6626/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Köster-Sollwedel, Seipp, Frese, Severin, Schalauske, Bokelmann und Bürgermeister Stötzel.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Anschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Enthaltung: keine

---

**zu 8 Konzeption und Sachstand Kooperative Sozialplanung  
Vorlage: VO/6680/2019**

---

Für den Ausschuss für Soziale, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung empfiehlt. Weiterhin wurde im Ausschuss die Adresse des Beschlussvorschlages redaktionell geändert. Mit dieser Änderung empfiehlt der Ausschuss der Vorlage bei Enthaltung von B90/Die Grünen und Marburger Linke einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Nein: SPD, CDU, BfM  
Enthaltung: FDP/MBL

#### **Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.**

Anschließend wird die Vorlage in der redaktionell überarbeiteten Fassung, die allen Stadtverordneten vorliegt, zu Abstimmung aufgerufen.

Die Stadtverordnetenversammlung

**nimmt**

- 1. die Information zu „Konzeption und Sachstand Kooperative Sozialplanung in der Universitätsstadt Marburg“ zur Kenntnis.**

**beschließt**

- 2. die „Grundlagen einer Kooperativen Sozialplanung in der Universitätsstadt Marburg“.**

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Nein: keine  
Enthaltung: B90/Die Grünen, Marburger Linke

---

#### **zu 9      Wirtschaftspläne 2019 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH Vorlage: VO/6665/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Den vorliegenden Wirtschaftsplänen der Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH sowie der Marburger Service GmbH wird zugestimmt.**

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

#### **zu 10      Jahresabschluss 2017 der Stiftung St. Jakob Vorlage: VO/6716/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der

Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 6.103.213,22 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 42.610,66 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.**
2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 11      Wirtschaftsplan 2019 der Stiftung St. Jakob**  
**Vorlage: VO/6715/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Der vorliegende Wirtschaftsplan 2019 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 12      Kanalgebührenhaushalt Nachkalkulation 2017, Gebührenkalkulation 2019**  
**Vorlage: VO/6719/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorliegenden Gutachten zur Nachkalkulation der Abwassergebühren für das Jahr 2017 sowie der Abwassergebührenkalkulation für das Jahr 2019 auf der Basis eines kalkulatorischen Zinssatzes von 4,2 % und von Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerten zu.**
2. **Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Erstattung der ausgewiesenen Überdeckung aus dem Straßentwässerungskostenanteil für das Jahr 2017 in Höhe von 77.768,05 EUR an die Universitätsstadt Marburg zu.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 13      Bestellung des Wirtschaftsprüfers des DBM für das Geschäftsjahr 2018**  
**Vorlage: VO/6717/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachfolgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Bestellung der Theobald Jung Scherer AG, Auweg 15, 35216 Biedenkopf als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) zu.**

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

#### **zu 14      Wirtschaftsplan 2019 für den DBM Vorlage: VO/6718/2019**

---

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Dem vorgelegten Wirtschaftsplan des DBM für das Geschäftsjahr 2019 wird zugestimmt.**

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig

---

#### **zu 15      Direktvergabe Stadtlinienverkehr in der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/6745/2019**

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen. Weiterhin berichtet der Stadtverordnete Pfalz von der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss. Dieser empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Der Marburger Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) wird ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA) erteilt, der die erforderlichen Grundlagen für die Erbringung der Verkehrsdienste des Stadtbusverkehrs Marburg zwischen der Aufgabenträgerin Universitätsstadt Marburg und der Betreiberin MVG regelt.**
- 2. Der bisher die Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste regelnde Verkehrsvertrag zwischen der Universitätsstadt Marburg und der Stadtwerke Marburg GmbH (SWMR) wird zum Ablauf des 31.12.2019 beendet.**
- 3. Das nach Maßgabe des öDA gewährte ausschließliche Recht wird gegenüber der MVG in Form eines Verwaltungsaktes ausgesprochen.**
- 4. Die SWMR nimmt als Dachorganisation alle ÖPNV-Aufgaben umfassend wahr, die Konkretisierung der Aufgaben wird gegenüber der SWMR durch die alleinige Gesellschafterin Universitätsstadt Marburg angewiesen.**

#### **Abstimmungsergebnis**

Ja:                    SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, 3 Stimmen FDP/MBL, BfM

Nein: 1 Stimme FDP/MBL  
Enthaltung: keine

---

## zu 16 Dringlichkeitsanträge

---

### zu 16.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von Marburger Linke und B90/Die Grünen betr. Havanna 8 Vorlage: VO/6773/2019

---

Die Stadtverordnete Kula begründet im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung unter TOP 1 die Dringlichkeit des Antrages, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Bokelmann. Anschließend nimmt der Oberbürgermeister zur Sache Stellung.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt im Anschluss über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke und Piratenpartei. Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter ist damit nicht erreicht.

**Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.**

Die Stadtverordnete Bastian gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

---

## zu 17 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

### zu 17.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Änderung Fahrplan der Linie 16 Vorlage: VO/6698/2019

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt, dem ergänzten Antrag empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag in der ergänzten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, ob eine Änderung im Fahrplan der Buslinie 16 vorgenommen werden kann.**

**Abfahrtsort: Wilhelmsplatz**  
**Richtung: Dagobertshausen/ Dilschhausen**  
**Abfahrtszeit: 13:31 Uhr**

**Abfahrtsort: Einhausen, Königsstraße**  
**Richtung: Wilhelmsplatz**

**Über das Ergebnis der Prüfung soll innerhalb von 2 Monaten berichtet werden.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 17.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Straßenlaternen im Northamptonpark**  
**Vorlage: VO/6700/2019**

---

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zur Stellungnahme an den Ortsbeirat Weidenhausen verweisen.

---

**zu 17.3 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Zebrastreifen in der Straße Barfußertor**  
**Vorlage: VO/6702/2019**

---

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss ergänzt. Dem ergänzten Antragstenor empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung. Die gleiche Empfehlung spricht der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften aus, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, berichtet.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt über den Antrag in der ergänzten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, ob an der Einmündung der Straße Barfußertor in die Ockershäuser Allee unterhalb der Bushaltestelle „Wilhelmsplatz D2“ ein Zebrastreifen angelegt werden kann, der zusätzlich zur Verkehrsinsel für mehr Sicherheit sorgen würde.**

**Über das Ergebnis der Prüfung soll innerhalb von 2 Monaten berichtet werden.**

**Abstimmungsergebnis**  
einstimmig

---

**zu 18 Anträge der Fraktionen**

---

---

**zu 18.2 Antrag der Fraktionen von FDP/MBL und Bündnis 90/Die Grünen betr.: Bürgerinitiative an der Auftragsvergabe für ein Gutachten zum Verkehr im Marburger Westen beteiligen**  
**Vorlage: VO/6662/2019**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache durch die Fraktion B90/Die Grünen angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb in die Maisitzung vertagt.

---

**zu 18.3 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Neuaufstellung Regionalplan 2020**  
**Vorlage: VO/6682/2019**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache durch die Fraktion B90/Die Grünen angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der antragstellenden Fraktion in die Maisitzung vertagt.

---

**zu 18.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Unterstützung der von Abschiebung bedrohten algerischen Familie aus Marburg**  
**Vorlage: VO/6693/2019**

---

Zu dem Antrag war Aussprache angemeldet, die jedoch durch die Fraktion Marburger Linke zurückgezogen wird.

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen. Der Antrag ist weiterhin im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden. Lt. Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Pfalz, empfiehlt auch dieser mehrheitlich dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung Marburg unterstützt die Petition beim hessischen Landtag für die von Abschiebung bedrohte algerische Familie aus Marburg. Darüber hinaus bittet sie den Magistrat, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um ein Bleiberecht der Familie zu erwirken.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke

Nein: CDU, FDP/MBL, BfM

Enthaltung: keine

---

**zu 18.6 Antrag FDP/MBL-Fraktion betr.: Grüner Pfeil für Radfahrer - Marburg macht mit beim Pilotversuch**  
**Vorlage: VO/6703/2019**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

---

**zu 18.7 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Beitrag der GeWoBau zur Erreichung der Marburger Klimaschutzziele**  
**Vorlage: VO/6722/2019**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache durch die Fraktion B90/Die Grünen angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der antragstellenden Fraktion in die Maisitzung vertagt.

---

**zu 18.8 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Förderung der Marburger Clubkultur**  
**Vorlage: VO/6723/2019**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.



---

**zu 18.12 Antrag der Fraktionen von Bürger für Marburg, SPD und CDU betr. ganzheitliche Mobilitätsstrategie für Marburg**  
**Vorlage: VO/6739/2019**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Die antragstellenden Fraktionen wünschen die Abstimmung des Antrages.

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages. Dies gilt ebenso für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, eine ganzheitliche Mobilitätsstrategie für die Stadt Marburg zu entwerfen. Sie soll unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeitet und mit Hessen Mobil abgestimmt werden. Bereits laufende Maßnahmen wie zum Beispiel der Green-City-Plan, das Elektromobilitätskonzept und insbesondere folgende Aspekte werden berücksichtigen:**

- **der prognostizierte Anstieg von weiteren 3.000 Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der steigenden Anzahl an Beschäftigten**
- **Mobilitätswandel aufgrund neuester Technologien und sich veränderndem Mobilitätsverhalten aller Verkehrsteilnehmer**
- **Sicherheit für ALLE Verkehrsteilnehmer - insbesondere in den Wohnquartieren**
- **Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen**
- **effiziente und schnelle Abwicklung des Verkehrs auf sogenannten Haupttrou-ten/Schnellstraßen für den ÖPNV, MIV und Radverkehr**
- **attraktive Gestaltung des Straßenraums**
- **attraktive Anbindung der aller Außenstadtteile**

**Des Weiteren muss ein entsprechender Finanzierungsplan für die Umsetzungsphasen erarbeitet werden.**

**Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, regelmäßig über die Entwicklung der Mobilitätsstrategie zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis**

Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM  
Nein: B90/Die Grünen, Marburger Linke  
Enthaltung: keine

---

**zu 18.13 Antrag der Fraktionen Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen betr. Ersatzräume für Künstlerwerkstatt errichten**  
**Vorlage: VO/6741/2019**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der antragstellenden Fraktion in die Maisitzung vertagt.

---

**zu 18.14 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Abschaffung der Straßenbeitragssatzung**  
**Vorlage: VO/6742/2019**

---

Zu dem Antrag ist Aussprache (Setzpunkt) durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb mit Zustimmung der antragstellenden Fraktionen in die Maisitzung vertagt.

---

**zu 19 Kennnismnahmen**

---

**zu 19.1 Bildungsbauprogramm (BiBaP) - Veränderung der Maßnahmen an der Elisabethschule  
Vorlage: VO/6713/2019**

---

Zu der Vorlage ist Aussprache durch die Fraktion B90/Die Grünen angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Die Vorlage wird deshalb auf Wunsch der Fraktion B90/Die Grünen in die Maisitzung vertagt.

---

**zu 19.2 Bericht über die Archivrecherche im Staatsarchiv Breslau bezüglich Karl-Theodor Bleek  
Vorlage: VO/6738/2019**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegenden Rechercheergebnisse zur möglichen NS-Belastung des früheren Oberbürgermeisters Karl-Theodor Bleek in Breslau (Polen) zur Kenntnis.

---

**zu 19.3 Stadtradeln  
Vorlage: VO/6772/2019**

---

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgenden Beschluss des Magistrats zur Kenntnis:

Die Stadt Marburg nimmt auch im Jahr 2019 wieder an der bundesweiten Aktion „Stadtradeln“ teil. 2019 wird die Aktion seitens der MLST (Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH) in Kooperation mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf durchgeführt. Der Aktionszeitraum wird für den Zeitraum vom 10. - 31. Mai 2019 geplant.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden, wünscht ein schönes Osterfest und schließt die Sitzung um 22.08 Uhr.

Marburg, 15.04.2019

Marianne Wölk  
Stadtverordnetenvorsteherin

Lothar Sprenger  
Protokoll

Matthias Simon  
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Jens Seipp  
Vorsitzender der CDU-Fraktion

## **Anlagen**

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 8 und 17 bis 22

## Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### **Frage:**

Am 27.01.2017 fällt die StVV einstimmig folgenden Beschluss: "Der Magistrat möge prüfen, ob und wie künftig nur noch Zirkusbetriebe in Marburg zugelassen werden können, die keine Wildtiere mitführen, die

- in Nummer 1. der EntschlieÙung des Bundesrates vom 25.11.2011 (BR Drucksache 565/11) und
- unter II. Nummer 1. der Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen vom 26.10.2005 (Veröffentlicht auf der Website des BMELV)

genannt sind."

Wie sieht denn das Ergebnis dieser Prüfung aus?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Bisher haben mehrere Verwaltungsgerichte geurteilt, dass eine Kommune nicht dazu berechtigt ist, Zirkusgastspiele, bei denen Wildtiere zum Einsatz kommen, zu verbieten. Ein solches Verbot kann nur der Bundesgesetzgeber aussprechen. Der Gesetzgeber hat jedoch in § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8d des Tierschutzgesetzes klargestellt, dass ein gewerbliches zur Schau stellen von Tieren in Zirkussen einer behördlichen Erlaubnis bedarf. Besitzt ein Zirkus eine solche Erlaubnis, so ist auch die Kommune an diese Erlaubnis gebunden. Die Stadt Marburg ist somit als Kommune bei der Genehmigung von Zirkusgastspielen an das geltende Bundesrecht gebunden. Sie besitzt nicht die Kompetenz, durch eigens geschaffene Tierschutzbestimmungen in die Berufsfreiheit der Zirkusunternehmen im Sinne des Art. 12 Abs. 1 GG einzugreifen.

Unabhängig von der Beachtung der Berufsfreiheit muss sich die Stadt jedenfalls an den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz im Sinne des Art. 3 Abs. 1 GG halten.

Solange sich der Bundestag nicht zu einer Verschärfung des Tierschutzgesetzes entschließt und die Haltung von Wildtieren in umherreisenden Zirkussen unterbindet, sind den Behörden – also auch der Stadt Marburg – die Hände gebunden. Somit kann die Stadt Marburg den Zirkusunternehmen, die über eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 8d TierSchG verfügen, die Überlassung des Messeplatzes nicht aus allgemeinen tierschutzrechtlichen Aspekten versagen. Ein Zirkus hat somit – unabhängig von dem Mitsichführen von Wildtieren – einen Anspruch auf Benutzung des Messeplatzes.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Halten die Stadtwerke Marburg unverändert an der Gas-Umstellung in Marburg bis September 2019 fest oder gibt es Pläne diese Umstellung zu verschieben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Der Anfrage liegt ein grundsätzliches Missverständnis zu Grunde. Die Gasumstellungstermine liegen nicht im Ermessen des Endversorgers.

Im Nordwesten Deutschlands und damit auch in der Region Mittelhessen muss die Erdgasqualität angepasst werden.

Von der Umstellung der Erdgasversorgung von L- auf H-Gas sind Millionen von Kundinnen und Kunden in der Mitte und im Nordwesten Deutschlands betroffen. Mit der niederländischen Entscheidung, die Förderung von L-Gas bis 2030 einzustellen, war die deutsche Gaswirtschaft aufgerufen, alle Netzgebiete, in denen L-Gas durch die Leitungen strömt, sukzessive auf H-Gas umzustellen.

Für dieses Projekt und die damit verbundenen Arbeiten hat die Bundesnetzagentur einen klaren Fahrplan (Zeitplan) vorgelegt. Den müssen die Netzbetreiber unbedingt einhalten. Sie sind nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) dafür zuständig – hier in der Region also die Stadtwerke Marburg.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019

<b>Fragesteller/in:</b>	Christoph Ditschler
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Falls am bekannten Zeitfenster für die Gas-Umstellung festgehalten wird: gibt es eine Schätzung über die Anzahl an Gasverbrauchsgeräten, die zum Stichtag nicht umgerüstet oder erneuert sein werden und folglich von der Gasversorgung getrennt werden müssten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Aktuell laufen viele Prozesse im Rahmen der Geräteanpassung gleichzeitig ab. Es werden täglich Geräte angepasst. Hier werden nicht alle Kunden erreicht. Aufgrund der eingesetzten Technik, gibt es unterschiedliche Zeitfenster, in denen bestimmte Geräte angepasst werden müssen. Dies hat zur Folge, dass eine Anzahl von Geräten erst einige Tage vor der Umschaltung umgebaut werden dürfen, wie gut diese Kunden erreichbar sein werden, ist erst dann zu erfahren.

Parallel werden nicht anpassbare Geräte vom Kunden getauscht. Die Rückmeldungen zu diesen ausgetauschten Geräten vom Kunden bzw. seines Installateurs ist von uns nicht steuerbar. Unabhängig davon verändert sich die DVGW-Datenbank, die die Datenbasis für die Bewertung der Geräte darstellt, das bedeutet, dass einige Kundengeräte, sofern nicht schon ausgetauscht, austauschbar werden.

Aufgrund dieser Umstände ist die Anzahl an Geräten, die letztendlich verbleiben und vom Netz getrennt werden müssen, heute nicht abschätzbar.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019

<b>Fragesteller/in:</b>	Hanke Bokelmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Was ist der aktuelle Sachstand bzgl. der geplanten Windkraftanlagen im Bereich Bortshausen, Ronhausen und Wolfshausen? Ist bekannt, wie hoch die Windkraftanlagen werden sollen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Zu den Planungen kann von Seiten des Magistrats nur wenig mitgeteilt werden, da das Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu erfolgen hat und dafür das Regierungspräsidium Gießen zuständig ist.

Die Rechtsgrundlage hierfür stellt der Teilregionalplan Energie Mittelhessen dar, der am 18.12.2017 in dem Hess. Staatsanzeiger bekannt gemacht wurde. Er enthält die Windvorrangfläche Nr. 3135 im besagten Bereich der Gemeinde Weimar und der Universitätsstadt Marburg.

Der aktuelle Sachstand, der dem Magistrat bekannt ist, ist aus September 2018. Damals ist dem Magistrat durch den Vorhabenträger die Planungsabsicht bestehend aus 3 Windkraftanlagen im o. g. Windvorrangbereich vorgestellt worden. Demnach ist eine Anlage auf dem Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg, die beiden anderen Anlagen auf dem Gemeindegebiet von Wolfshausen geplant.

Die Höhe der geplanten Windkraftanlagen ist nicht bekannt.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019

<b>Fragesteller/in:</b>	Hanke Bokelmann
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### Frage:

Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen die Universitätsstadt Marburg und Ihre Beteiligungsgesellschaften zur kostenpflichtigen Veranstaltung "13. EUROSOLAR-KONFERENZ - STADTWERKE MIT ERNEUBAREN ENERGIEN" im Mai 2019 entsenden und welcher Gesamtbetrag für Teilnahmegebühren wird dadurch anfallen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### Stellungnahme/Antwort:

Seitens der Universitätsstadt Marburg, Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt liegen bisher keine Anmeldungen vor. Seitens der GeWoBau nimmt nach bisheriger Kenntnis lediglich Herr Rausch als Referent teil.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister



## Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019

<b>Fragesteller/in:</b>	Lisa Freitag
<b>Fraktion / Partei:</b>	FDP/MBL

### **Frage:**

Was ist dem Magistrat über eventuelle Planungen bezüglich einer Diskothek im Gewerbegebiet Siemensstraße bekannt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 63 - Bauaufsicht
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeister Wieland Stötzel

### **Stellungnahme/Antwort:**

Bezüglich der Planung einer Diskothek in der Siemensstraße liegt dem Fachdienst Bauaufsicht weder eine Bauvoranfrage noch ein Bauantrag vor. Sofern sich die Anfrage auf die Siemensstraße 10 bezieht, teilen wir mit, dass hier eine Baugenehmigung für die Nutzung als Tanzcafe vorliegt.

Wieland Stötzel  
Bürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2019

<b>Fragesteller/in:</b>	Jonathan Schwarz
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

### Frage:

Was sind die fünf größten Immobilien-Eigentümer in Marburg und wieviel qm Wohnfläche (alternativ: wieviele vermietbare Wohnungen) besitzen sie?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Dem Referat liegen nur die Zahlen der INWIS-Wohnungsmarktanalyse aus dem Jahre 2013 vor. Demnach zeigt die Auswertung des Wohnungsbestandes nach Eigentümerart, dass die meisten Wohnungen in Marburg im Besitz von Privatpersonen sind. Dazu zählen vor allem die Ein- und Zweifamilienhäuser. Typischerweise ist dieser Anteil geringer als in den ländlicheren Bereichen mit einem höheren Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern. Rd. 18 Prozent der Wohnungen seien, laut INWIS, in der Hand von institutionellen Eigentümern wie Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Banken, Versicherungen usw. Das entspräche rd. 7.000 Wohnungen. Rd. 5.400 dieser Wohnungen sind im Besitz der drei großen Unternehmen GeWoBau (rd. 2.650 WE), GWH (rd. 1.450 WE) und Wohnstadt (rd. 1.300 WE) (laut Angaben der Unternehmen). Das Studentenwerk verfüge über weitere rd. 2.100 Wohnungen bzw. Wohnheimplätze.

Demnach gehört 49,8 % des Wohnungsbestandes Privatpersonen, weshalb detaillierte Aussagen hier nicht möglich seien. Angaben zur Wohnfläche liegen nicht vor.

Die Tabelle 1 aus der INWIS-Studie (Seite 21) zeigt den Wohnungsbestand nach Eigentumsformen.

**Tabelle 1: Wohnungsbestand in Gebäuden mit Wohnraum nach Eigentumsformen**

Eigentumsform der Wohnung	Marburg	Kreis Marburg-Biedenkopf	Gießen	Wetzlar	Mittelhessen	Hessen
Gemeinschaft von Wohnungseigentümern/-innen	32,4	20,1	22,8	16,2	16,7	22,9
Privatperson/-en	49,8	69,6	44,6	55,0	73,2	62,5
Wohnungsgenossenschaft	2,0	2,0	2,9	4,3	2,3	2,5
Kommune oder kommunales Wohnungsunternehmen	7,6	2,7	20,2	11,0	3,5	5,2
Privatwirtschaftliches Wohnungsunternehmen	1,4	0,8	2,7	4,0	1,2	2,4
Anderes privatwirtschaftliches Unternehmen	1,4	0,9	1,1	7,2	1,1	1,3
Bund oder Land	3,4	2,9	0,9	1,7	1,1	2,4
Organisation ohne Erwerbszweck	2,0	0,9	4,9	0,6	1,0	0,8

Quelle: Zensus 2011, eigene Darstellung

Die gesamte Wohnungsmarktanalyse ist verfügbar unter: [https://www.marburg.de/portal/dokumententypus-900000505-23001.html?ordner=1&containerSort=0&schwelle\\_zuklappen=-2&naviID=900000262&brotdID=900000262](https://www.marburg.de/portal/dokumententypus-900000505-23001.html?ordner=1&containerSort=0&schwelle_zuklappen=-2&naviID=900000262&brotdID=900000262)

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister